

Bosnien: Kirchliche Unterstützung im Friedensprozeß

Mitte März trafen sich Vertreter von 17 europäischen Justitia-et-Pax-Kommissionen in Banja Luka zu einem Solidaritätstreffen. Jörg Lürer von der deutschen Kommission zieht ein Resümee dieser Begegnung mit den bosnischen Religionsgemeinschaften.

Im Mai 1997 schlug der Bischof von Banja Luka, *Franjo Komarica*, in einem Gespräch über die Perspektiven des Friedensprozesses in Bosnien-Herzegowina mit Weihbischof *Leo Schwarz* (Trier) vor, ein Solidaritätstreffen sämtlicher europäischer Justitia-et-Pax-Kommissionen in Banja Luka zur Unterstützung der nach wie vor diskriminierten Bevölkerungsgruppen durchzuführen. Dieser Vorschlag war zugleich als eine unmißverständliche Aufforderung zu kirchlicher Solidarität gemeint, die, wie Bischof Komarica nicht müde wird zu betonen, während des Krieges so schmerzlich vermißt wurde. Ohne Zweifel gehört die Erfahrung der Schutzlosigkeit und des „von aller Welt Verlassenseins“ zu den zentralen Erfahrungen und Traumatisierungen der verfolgten Bevölkerungsgruppen im ehemaligen Jugoslawien.

Für das Gelingen des Konsolidierungsprozesses in Bosnien-Herzegowina ist es heute von großer Bedeutung, daß in der Bevölkerung das begründete Vertrauen in die Wirksamkeit des Rechts wieder wächst. Der Erfahrung von Gewaltherrschaft und verlogenen Parolen, von wem auch immer sie ausgeübt und verkündet wurden, gilt es, eine auf Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit zielende Perspektive entgegenzusetzen. In der Konkretion heißt dies, die Rahmenbedingungen für den Friedensprozeß, wie sie u. a. durch entsprechende SFOR-Mandate gesichert werden, mittels politischer Lobbyarbeit zu stärken. Es bedeutet weiterhin, den an Frieden und Versöhnung interessierten zivil-

gesellschaftlichen Kräften in Bosnien-Herzegowina politische, finanzielle und nicht zuletzt moralische Unterstützung zukommen zu lassen.

Unterschiedliche Wahrnehmung des Konflikts

Diesen Überlegungen folgend, griff die Deutsche Kommission Justitia et Pax den Vorschlag von Bischof Komarica auf, erstellte ein erstes Exposé für ein solches Treffen und brachte dieses auf der Ebene der Europäischen Justitia-et-Pax-Kommissionen als Beschlußvorschlag ein. Was auf diesen Vorschlag folgte, war ein Paradebeispiel europäischer Diskussionen. Dem „deutschen“ Vorschlag wurde mit dem Verweis darauf, daß das Treffen in der Republika Srpska geplant war, wo Kroaten und Muslime die unterdrückten Minderheiten darstellen, von einzelnen Kommissionen das Mißtrauen entgegengebracht, ob es sich hier nicht um einen der einschlägig bekannten deutschen „Kroatophilie“ geschuldeten Vorschlag handeln würde. Die zurückhaltenden Reaktionen aus den Niederlanden und Frankreich nährten im Gegenzug den Verdacht, daß hier weniger sachliche Überlegungen zugrunde lagen als vielmehr eine ebenfalls einschlägige „Serbophilie“.

Die erste Hürde, die es dementsprechend für die Europäischen Justitia-et-Pax-Kommissionen zu überwinden galt, hieß Harmonisierung der Konfliktanalysen sowie Überwindung des

im wesentlichen in politischen Affekten begründeten Mißtrauens unter den Kommissionen. Bei aller Unterschiedlichkeit herrschte von Beginn an Einigkeit darüber, daß Justitia et Pax eine Antwort auf die Konfliktlage im ehemaligen Jugoslawien finden müsse, und sei es auch vorerst nur eine bescheidene. Daß es im Zuge dieser Auseinandersetzungen gelungen ist, sich auf die Durchführung eines gemeinsamen Programmes zu verständigen, kann als wichtiger Erfolg gewertet werden.

Darüber hinaus ist die weitere Notwendigkeit einer gegenseitigen Europäisierung deutlich geworden, wiewohl noch lange nicht befriedigend bearbeitet. Dies zeigte sich nicht zuletzt während der Tagung in Banja Luka, als die Europäischen Kommissionen nicht in der Lage waren, eine zufriedenstellende gemeinsame Erklärung zum Problem des Friedensprozesses in BiH sowie zum Kosovo abzugeben. Die verbreitete Kompromißformel erinnert in vielem an die ungenügenden Ansätze einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der EU. In diesem Zusammenhang bleibt noch viel zu tun.

Am Treffen, das auf Einladung der Justitia-et-Pax-Kommission von Bosnien-Herzegowina stattfand und in Banja Luka mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde, nahmen 60 Vertreter aus 17 von 21 Kommissionen teil und unterstrichen auf diese Weise den hohen Stellenwert der Thematik für die Arbeit der europäischen Justitia-et-Pax-Kommissionen. Aus Rom war der Präsident der Päpstlichen Kommission Justitia et Pax, Kardinal *Roger Etchegaray*, angereist.

Das Programm begann mit einem Vortrag von *Tadeusz Mazowiecki* zur europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik im Konflikt im ehemaligen Jugoslawien. Mazowiecki, der 1992 bis 1995 UNO-Sonderberichterstatter für das ehemalige Jugoslawien war und sein Amt nach dem Massaker in Srebrenica niedergelegt hatte, zog eine kritische Bilanz der politischen Bemühungen Europas zur Beendigung des Krieges. Zwar sei der Krieg nicht

von den Europäern gemacht worden, aber es habe ihnen der entschiedene politische Wille zu wirklichen Taten gefehlt. Insofern könne auch von einer Mitschuld die Rede sein. Mit Blick auf den Konsolidierungsprozeß in Bosnien-Herzegowina hob Mazowiecki die Bedeutung der *Religionsgemeinschaften* hervor.

Über die Rolle der Religionsgemeinschaften im Versöhnungsprozeß reflektierten Vorträge des Mufti von Banja Luka, *Ibrahim Halilović*, des Präsidenten der jüdischen Gemeinde in Sarajewo, *Danilo Nikolić*, und von Kardinal *Vinko Puljić* aus Sarajewo. Dabei unterstrich Puljić die symbolische Bedeutung des Wiederaufbaus von zerstörten Moscheen und Kirchen. Dieser Wiederaufbau sei gewissermaßen das Gegenzeichen zur Politik der ethnischen „Säuberung“, die auf die Auslöschung ganzer Bevölkerungsgruppen mitsamt ihrer kulturellen Wurzeln ziele. Die Kirche, die selbst zum Opfer des Krieges geworden sei, müsse an der Seite der Opfer von Krieg und Vertreibung stehen. In diesem Zusammenhang forderte er eine rückhaltlose Aufklärung der Schicksale der Verschwundenen und Ermordeten.

Ermutigung für die schwierige Arbeit vor Ort

So schön der Einklang der anwesenden Vertreter von Religionsgemeinschaften war, so deutlich wurde er durch die Abwesenheit eines Vertreters der serbischen Orthodoxie gestört. Trotz wiederholter Einladungen und einer grundsätzlichen Zustimmung und Befürwortung des Metropoliten gelang es nicht, den orthodoxen Bischof von Banja Luka zur Teilnahme zu bewegen. Ohne Angabe von Gründen oder Übersendung einer kurzen schriftlichen Botschaft blieb Bischof *Jewfrim* der Veranstaltung fern. Er markierte damit eine schmerzliche Lücke, die vor allzu überspannten Erwartungen an den interkonfessionellen und interreligiösen Dialog warnt.

Die einzelnen Beiträge waren deutlich von den jeweiligen Opfererfahrungen geprägt. Die Botschaft war jeweils gleichermaßen simpel: „Wir, die wir ungerechterweise verfolgt wurden, strecken, gemäß des Auftrags unseres Gottes, die Hand zum Frieden aus.“ Angesichts der immensen Verbrechen, die an den verschiedenen Bevölkerungsgruppen begangen worden sind, ist dies viel und die Beschränkung der Selbstwahrnehmung auf den zumeist vorherrschenden Opferaspekt sehr verständlich. Die selbstkritische Reflexion über die Verbrechen der jeweils „eigenen“ ethnischen Gruppe sowie den eigenen Anteil am Verfeindungsprozeß vor dem Krieg kommt dabei allerdings zu kurz.

Es war dementsprechend auch kein Zufall, daß der bosnisch-kroatische Krieg während der Tagung nicht zur Sprache gebracht wurde. Kardinal Etchegaray deutete dieses Desiderat in gebührender Zurückhaltung an, indem er, das Wort der polnischen an die deutschen Bischöfe von 1966 paraphrasierend, darauf hinwies, daß für den Frieden nicht nur die Vergebung, sondern ebenso die Bitte um Vergebung notwendig sei. Doch in der Diskussion wurde dieser Hinweis nicht weiter verfolgt. Vielmehr konzentrierte man sich auf die vom Kardinal hervorgehobene Rolle der Erziehung und der Schulen für den Friedensprozeß. Dabei maß man insbesondere der kritischen Sichtung der Schulbücher und Curricula auf Feindbilder eine hohe Bedeutung zu.

Konnte man während der Diskussion noch vereinzelt den Eindruck erhalten, daß manches Problem nur formelhaft angesprochen wurde, so verflog dieser Eindruck völlig während der Besuche bei verschiedenen lokalen Nichtregierungsorganisationen. Diese Gespräche gehörten zweifelsohne zu den Positiva des Treffens. Für diese zumeist am Anfang ihrer Tätigkeit stehenden zivilgesellschaftlichen Kräfte unterschiedlicher ethnischer oder konfessioneller Herkunft waren die Gespräche und Begegnungen mit den Vertretern und Vertreterinnen der europäischen

Kommissionen eine wichtige Anerkennung und öffentliche Aufwertung ihrer Arbeit. So war es den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen von Merhamet (der muslimischen Caritas) oder der von serbischen Frauen geleiteten Frauenorganisation DUGA, die sich um traumatisierte Frauen aus allen Bevölkerungsgruppen kümmert, anzumerken, daß ihnen das Interesse an ihren Problemen und Perspektiven Ermutigung war.

Den Repräsentanten von *Justitia et Pax* boten diese Gespräche die Gelegenheit, die eher aufs Große zielenden Vorträge an den örtlichen Gegebenheiten zu messen. Insbesondere die Rückkehr-Problematik wurde dabei mit drastischer Plastizität anhand von aktuellen Alltagserfahrungen verdeutlicht. Diese kleinen Geschichten von alltäglicher Diskriminierung, Hoffnung auf Gerechtigkeit und Kampf um Überleben unterstrichen die zentrale Bedeutung der *Rückkehrerfrage* für die Zukunft des Friedensprozesses und damit von Bosnien-Herzegowina. Denn neben der Bedeutung für die Einzelnen, die auf Rückgabe des Eigentums, den Zugang zu den Gräbern der Verwandten, Wiederherstellung des Rechts zielt, symbolisiert die Rückkehrfrage, die Möglichkeit bzw. je nach Ausgang die Unmöglichkeit des interethnischen Zusammenlebens im Land.

Ein Zeichen weltkirchlicher Solidarität

Die Berichte aus dem Alltag der lokalen Organisationen zeigten, daß diese Auseinandersetzung noch nicht entschieden ist. In diesem Zusammenhang verbanden sich viele Hoffnungen mit dem neuen Ministerpräsidenten der Republika Srpska, *Milorad Dodik*. Wiewohl von Euphorie weit entfernt, schlug den europäischen Gästen eine im wesentlichen positive Stimmung entgegen. Zugleich blieb angesichts der Tatsache, daß bis dato nur Erklärungen abgegeben worden waren, aber noch keine Familie in die Repu-

blika Srpska zurückkehren konnte, eine verständliche Zurückhaltung spürbar.

Auf ähnliche Stimmungen und Meinungen trafen die Vertreter und Vertreterinnen von *Justitia et Pax* bei ihren Besuchen in den umliegenden *katholischen Kirchengemeinden*. Die Konferenz hatte sich im Vorfeld gegen einen zentralen gemeinsamen Gottesdienst entschieden und statt dessen auf Anregung von Bischof Komarica den Besuch einzelner Gemeinden in kleinen Gruppen vorgezogen. Am Rande der Gottesdienste kam es dabei zu zum Teil bewegenden Begegnungen. Für diese kleinen Gemeinden, die teilweise erst seit kurzer Zeit wieder zum Gottesdienst zusammentreffen können, war der internationale Besuch in ihrem tendenziell feindlichen Umfeld, ein wertvolles Zeichen der Solidarität und des Mitgefühls.

Nicht zuletzt für die Diözese Banja Luka stellte der Besuch ein wichtiges Symbol dar. Die Kirche in Banja Luka hatte während des Krieges immens unter ihrer Isolation und der damit einhergehenden Schutzlosigkeit gelitten. Die Anwesenheit der europäischen Vertreter drückte die lange vermißte Anerkennung des Versöhnungshandelns der bosnischen Katholiken aus. Mit dem Treffen der Kommissionen konnte ein klarer Akzent kirchlicher Friedensbemühungen und weltkirchlicher Solidarität, die sich nicht gegen andere verschließt und nur eine Solidarität mit den eigenen „Brückenköpfen“ markiert, gesetzt werden. Gleichzeitig sind aber auch *Desiderata* sichtbar geworden. Soll das Treffen in Banja Luka auch längerfristig Sinn machen, ist eine kontinuierliche Weiterarbeit mit den Partnern in Bosnien-Herzegowina erforderlich.

Die Europäischen Kommissionen stehen dementsprechend jetzt vor der Frage, wie das „Follow up“ aussehen könnte. Neben der politischen Lobbyarbeit in den jeweiligen Kontexten für eine internationale Politik, die sich zuverlässig und wirksam für die Umsetzung des Dayton-Abkommens einsetzt, geht es darum, wie die Kommissionen sich an der Stärkung der eigenen Partnerorganisation, der Kommission *Justitia et Pax* in Bosnien-Herzegowina, durch den gemeinsamen Aufbau von Strukturen der Menschenrechtsarbeit insbesondere bei der Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen beteiligen können. Darüber hinaus bleibt die Harmonisierung der unterschiedlichen Konfliktanalysen und Reaktionsschemata eine der Aufgaben, denen sich die Kommissionen stellen müssen, wollen sie auf längere Sicht im europäischen Bereich handlungsfähig und vor allem wirksam werden.

J. L.

Zwischen Kirche und Welt

150 Jahre Deutsche Katholikentage

Der bevorstehende 93. Deutsche Katholikentag in Mainz gibt Anlaß zum Rückblick auf die Geschichte der Katholikentage, die 1848 ebenfalls in Mainz begann. In den vergangenen 150 Jahren war der organisierte Katholizismus ein bestimmendes Element deutscher Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen. In den Katholikentagen vom Revolutionsjahr 1848 bis heute spiegelt sich diese Entwicklung wider.

Die Geschichte der Katholikentage und mit ihr die des deutschen Katholizismus erfährt noch längst nicht jene Aufmerksamkeit, die ihr zukommt. Das mag neben hergebrachten Vorurteilen gegenüber dem Gegenstand auch an einer Blickverengung liegen, die im Religiösen nur etwas Partikulares zu sehen vermag und seine allgemeine gesellschaftliche und politische Wirkkraft unterschätzt. Die hundertfünfzigjährige Geschichte der Katholikentage spiegelt indes nicht nur ein Stück der Geschichte der Kirche wider, sondern sie ist auch Teil der deutschen Nationalgeschichte. Sie erschließt uns interessante Aspekte der Entwicklung einer gesellschaftlichen Großgruppe, des deutschen Katholizismus, und seiner Bedeutung für die Politik in diesem an Herausforderungen und Veränderungen so reichen Zeitraum. Im Revolutionsjahr 1848 trat eine katholische Bewegung an die Öffentlichkeit, die sich bereits über ein Jahrzehnt hin an-

gebahnt und in Presseorganen und Vereinsgründungen erste Kristallisationspunkte gefunden hatte. Persönlichkeiten wie *Joseph Görres* und *Franz Josef Ritter v. Buß* haben in jenen Jahren das Bewußtsein der Katholiken für die Notwendigkeit einer Änderung der bedrückten Lage der Kirche geschärft. So war der Boden für eine katholische Volksbewegung bereitet, als 1848 die Revolution ausbrach. Schon im frühen März des Revolutionsjahres verlangte die Mainzer Zeitschrift „Der Katholik“ „Religions- und Gewissensfreiheit für alle, woraus sich bürgerliche und politische Gleichstellung aller Konfessionen von selbst ergibt“. Darüber hinaus forderte sie Unabhängigkeit der Kirche vom Staat, „Freiheit nicht allein der politischen, sondern auch der religiösen Assoziation“ und ein Eintreten „zur Hebung der sozialen Leiden des Volkes“. Noch im selben Monat entstand in Mainz der erste sogenannte „Pius-Verein für religiöse Freiheit“.